

RAINER RILLING

Yes, we can?

AUSSICHTEN DER LIBERALEN OBAMA-ADMINISTRATION

Nach den Novemberwahlen 2008 in den USA ist mit den Juniwahlen 2009 in Europa ein zweites Mal ein gleichsam kontinentales politisches Votum abgegeben worden. Dabei brachte die Krise vieles in Bewegung. Der parteipolitische Kontinent Europa reagierte auf die erste tiefe Krise des drei Jahrzehnte herrschenden Neoliberalismus mit einer Wendung nach rechts, zu den Camerons und Berlusconi, Sarkozys, Straches, Wilders und Merkels. Es gewann der regierende, zumeist rechte Neoliberalismus mit dem Versprechen auf Sicherheit durch einen reformierten Neoliberalismus, wobei die Verfechter eines autoritären Neoliberalismus deutlich zulegten. Es gewann auch die nostalgische Avantgarde des radikalen Marktliberalismus, die sich hierzulande in der FDP konzentriert. Es gewannen jene, die auch noch das Libertäre im Neoliberalen loswerden wollen: die radikal Rechten. Endlich stabilisierte sich oder gewann ebenso die grüne Richtung, die sich um den Preis weiterer Anpassung als Kraft eines libertären, staatsgetriebenen grünen Kapitalismus profilierte („Green New Deal“). *Innerhalb* des neoliberalen Blocks gab es viele Gewinner. Und es haben heftige Turbulenzen, Hegemonialkämpfe und Kräfteverschiebungen eingesetzt. *Außerhalb* dieses Blocks freilich hat sich bislang kein starker gegenhegemonialer Block gebildet. Die Linke gewann manchmal etwas, stagnierte meistens oder verlor auch deutlich. Ihre Rolle als Zentrum eines solchen Blocks nimmt sie erst in Ansätzen wahr. Der Unterschied zu dem vergleichbaren politischen Kontinent USA scheint deutlich – doch er ist geringer, als die anhaltende Erleichterung über die Ablösung der alten US-Regierung nahelegt.

1 Die Tagesordnung

Vor rund einem Jahr kam die Krise in den Medien an und begann sich in der Gesellschaft auszubreiten. In kürzester Frist erfassten heftige Auseinandersetzungen die international organisierten ökonomischen Eliten ins-

besondere in den USA, England und der Schweiz, in Finanzzentren von Shanghai und Indien, dann auch auf breiterer Front in allen großen kapitalistischen Hauptländern. Doch gegenwärtig haben wir es weder in Europa noch in den USA mit einer irreversiblen Schwächung der realen Machtstrukturen des Finanzmarkt-Kapitalismus zu tun, die zu einem Zusammenbruch der wichtigsten internationalen Institutionen des Neoliberalismus führen würde. Sehr wohl aber gibt es äußerst heftige Kämpfe innerhalb und zwischen den herrschenden Klassen. Es geht um den politischen Langzeiteffekt der Krise. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung – die aber nicht mit einer Krise des politischen Systems zu verwechseln ist – stehen fünf Fragen:

- Wie ist mit dem Hauptverantwortlichen des Desasters – den *Finanzmärkten* als dem Kernstück des bisherigen Wachstumsmodells und ihrem Kapital – umzugehen? Es geht darum, nicht nur wie, sondern *wer* die Finanzmärkte reguliert und damit dominiert – New York und London oder Shanghai und Bombay.
- Wer sind die ökonomischen *Gewinner* und Champions („Konsolidierung“) und wer sind die Verlierer in der Krise?
- Wie wird das *Verhältnis* von Wirtschaft und Politik zukünftig aussehen (Rolle des Staates)?
- Welches global verallgemeinerungs- und damit hegemonie- und zukunftsfähiges nicht mehr vergleichbar weitgehend finanzmarktgetriebenen *Modell* kapitalistischer Akkumulation kann etabliert werden?
- Welche parteipolitischen *Richtungen* werden in diesen Auseinandersetzungen die Oberhand behalten und wie werden die politischen Allianzen an der Macht zukünftig aussehen?

Keine dieser Fragen ist bislang in irgendeinem der kapitalistischen Hauptländer definitiv entschieden, auch und schon gar nicht in der Bundesrepublik – mit einer Ausnahme: in den USA ist ein politisch von der Demokratischen Partei und der Administration Obama repräsentierter Liberalismus an die Regierungsmacht gekommen, der versucht, die aktuelle Krisenbewälti-

gung politisch so zu gestalten, dass sie strategisch auch verbunden werden kann mit (a) einem staatsgetriebenen, elitenkontrollierten neoliberalen grünen New Deal – also einem neuen kapitalistischen Akkumulationsmodell, das starke Schwerpunkte setzt auf öffentliche Infrastruktur und Beschäftigung, Gesundheit, Energie, Ökologie - und (b) einer Restabilisierung der globalen Hegemonialrolle der USA.

2 Die US-Rechte

Der vergangene Kampf um die Regierungsmacht in den USA war deswegen so außergewöhnlich, weil schon damals – spätestens seit dem Frühsommer 2008 - diese Fragen und die damit verknüpften potentiell grundlegenden Richtungsentscheidungen auf dem Spiel standen. Sie bildeten den Hintergrund der Kandidatenauswahl zwischen Clinton und Obama. Verbunden mit dem faktischen Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbanken und größten Versicherungskonzernen seit März 2008 ging es nicht mehr primär um das Erbe Bushs, um die Kriegsfrage und den Terrorismus, die Verteilungs- und Gleichheitsfrage, um Moral (also die *moral issues*), um die *culture wars* über *law and order*, *God, guns*, Abtreibung und Familienwerte. Dies waren aber starken Themen der politischen Rechten – oder zumindest solche, wo sie mithalten konnte. Sie wurden abgelöst durch Krisenpolitik, die (ja nicht nur in den USA) bis heute alles überstrahlt und in deren Windschatten alle anderen aktuellen Fragen der Macht und der strategischen Politik behandelt werden. Während die cäsaristisch-überparteiliche Rhetorik Obamas versuchte, die Überwindung der Spaltungen der Bush-Zeit mit einer populistischen Rede von der „nationalen Einheit“, der Hoffnung („*hope*“ & „*change*“), des *feeling good* und der *coolness* anzurufen („Obama I“) wurde im Frühherbst 2008 plötzlich der „Obama II“ geboren, der progressive, nunmehr auch konfrontativ sprechende Obama einer Krisenzeit, in der immerhin 60 % der Wähler die Frage der Ökonomie für wahlentscheidend hielten. Die Spaltungslinien der politischen Lager entwickelten sich im dritten Quartal 2008 immer deutlicher nicht mehr bloß entlang von *race* (Obama) oder *gender* (Clinton), sondern auch entlang von *class*: soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit traten in den Vordergrund. Rasch wurde Obama in eine Reihe mit transformativen Präsidenten wie Franklin Delano Roosevelt oder Ronald Reagan gestellt und plötzlich kam nach dem Wahlsieg der Demokraten die Frage nach dem „*realignment*“ (Umgruppierung) auf, also nach der Bildung eines wahl- und machtpolitisch stabilen Blocks der Macht. Kommt es also zu einer dauerhafteren Ablösung des neoliberal-rechtsimperialen Blocks, der die USA seit Reagan dominierte? Ist das realistisch? Da

sich gegenwärtig in Europa eine deutliche Machtkonsolidierung derjenigen abzeichnet, die unter einem parteipolitisch klar konservativ-rechten Vorzeichen einen wenig veränderten neoliberalen Weg weitergehen wollen, ist die Antwort auf diese Frage für die Entwicklung in Europa von großer Bedeutung.

Die US-Rechte hatte sich in den letzten drei Jahrzehnten zur weltweit stärksten rechten politischen Formation entwickelt. Sie verankerte sich breit in den Schlüsselinstitutionen der Macht, operierte auch finanziell mit massiver Elitenunterstützung, mobilisierte starke Wählergruppen (insbesondere die stabilen Evangelikalen), schuf neuartige Allianzen (Rilling, 2008,123), etablierte aggressive Medien (Fox) und eine Reihe mächtiger Think Tanks. Ihr rechtsimperiales Projekt, dessen militärisches Schlüsselvorhaben die Installation einer unmittelbaren Kontrolle der USA über die Energieressourcen des Nahen Ostens und eine weitere Einhegung Russlands und Chinas war, geriet ab 2005 mit dem doppelten Desaster im Irak und Afghanistan in eine schwere Krise. 2008 dann erlitt die neoliberale Formation des Kapitalismus, deren eigentlicher globaler politischer und wirtschaftlicher Muskel für die Politik der globalen Umverteilung in den USA lag, nach vier Jahrzehnten mit der tiefen Krise seines Kernprojekts der finanzmarktgetriebenen Kapitalakkumulation erstmals einen großen Rückschlag – sogar Alan Greenspan erklärte den Marktfundamentalismus für gescheitert. Bereits mit den Zwischenwahlen in den USA 2006 verschaffte die „Anything but Bush“-Grundhaltung eines wachsenden Teils der Wählerschaft der demokratischen Partei einen neuen Rückhalt. Fast vier Jahrzehnte lang waren die starke Politik der politischen Rechten (beginnend mit Reagan's Militarismus) und die starke Ökonomie des Neoliberalismus gemeinsam aufgestiegen – eine große Erfolgsgeschichte. Der Versuch McCains, diese Kernstruktur des Rechts-Bündnisses zu bewahren, ging ab August 2008 in den Trümmern des Bankencrashes unter. Mit dem Ende der Bush-Administration kontrolliert die Rechte nur noch Teile des zentralen Staatsapparats, dabei insbesondere die Justiz, das Bildungswesen, den Sicherheitsapparat und große Teile der Wirtschafts- und Finanzverwaltung. Als politisches Subjekt ist sie in der Defensive und in ihre heterogenen Einzelteile zerbrochen, aktuell mobilisierungsunfähig, hat kein konkurrenzfähiges Führungspersonal und ihre ideologische Hegemonie schwindet rapide. Elektoral ist sie stark reduziert und, was ihre parlamentarische Repräsentanz angeht, deutlich weiter rechts und konservativ als bisher. Aktuell ist die republikanische Partei ein Schatten ihrer selbst. Ihre Möglichkeiten, unmittelbar in die strategischen Elitenauseinandersetzungen einzugreifen, sind begrenzt. Vor allem ist nicht zu erkennen, dass sie ein Konzept eines zukunftsorientierten Entwicklungspfades vorlegen könnte, das Unterstüt-

zung in den amerikanischen Wirtschaftseliten finden könnte. Elitenseitig ist sie weiter gebunden an die Militär-, Öl- und Energieindustrie – also an die krisenhafte Symbiose von *Fossilismus* und *Militarismus*. Parteipolitisch scheinen die Demokraten also durchaus bessere Karten und gewisse Aussichten auf eine längerfristige Machtinhaberschaft zu haben, wie auch ein Blick auf die Demografie und Geografie der Wahlen zeigt.

3 Demografie & Geographie der US-Wahlen

Es gibt starke Tendenzen zu einer „neuen Demografie“, die – falls sie anhalten und weiterhin ein entsprechendes Wahlverhalten disponieren, was niemand weiß – eine Stabilisierung der jetzigen Situation begünstigen, die natürlich schon allein aufgrund ihrer krisenhaften Unterlegung extrem labil ist. Doch:

- Konservative hielten ihre elektorale Position im Wesentlichen nur noch in stagnierenden oder niedergehenden Wählergruppen. Anders die Demokraten. Zwischen 1988 und 2008 stieg der Anteil der Wähler aus einer *Minorität* (also Hispanos, Afroamerikaner oder Asiaten) an der Wählerschaft um 11 % an von 15 % auf 26 %. Jedes Jahr kam ein halbes Prozent hinzu. Noch 90 % der Wählerschaft war weiß, als Jimmy Carter Gerald Ford 1976 schlug. Heute zählen die nicht-weißen Minoritäten der USA 101 Millionen und würden in der Welt die zwölftgrößte Nation ausmachen – übrigens ebenso wie die Nichtwähler. 2050 werden 54 % der Einwohner der USA einer sog. Minorität angehören, schon heute sind bereits vier Bundesstaaten überwiegend von Minderheiten bewohnt. Die Schwarzen wählten zu 95 % Obama, die Hispanos zu 67 %, die Asiaten zu 62 %. Anders gesagt: das *minority vote* war 80 zu 18 % für Obama. Während 700 000 Weiße weniger zur Wahl gingen, wählten 3 Millionen Afroamerikaner mehr und sicherten so ein Drittel der Gewinnmarge Obamas. Langfristig entscheidend wird sein, wie sich das Stimmverhalten der Hispanos entwickeln wird. In Kalifornien etwa wählten 84 % der jugendlichen Hispanos Obama.

- Betrachtet man das Wahlverhalten nach dem *Ausbildungsstand*, so gibt es ebenfalls in der Wahlbevölkerung einen für die Konservativen eher schwierigen Trend: der Anteil der zunehmend progressiven, die Demokraten wählenden weißen Collegebesucher an der Wählerschaft nahm in den letzten zwei Jahrzehnten um 4 % zu, wogegen der Anteil der überwiegend weißen, konservativ votierenden Wähler aus der Arbeiterklasse um 15 % abnahm. Damit nahm allerdings auch der Anteil der Gewerkschaftshaushalte ab, die immerhin zu 59% Obama wählten und damit 21 % der Obamawähler stellten. Die anhaltenden Verschiebungen im Ausbildungsstand werden noch einige Zeit anhalten.

- In der zwischen 1978 und 2000 geborenen *jüngeren* Generation der 18-30jährigen gab es eine hohe Wahlbeteiligung und Obama erhielt 66 % der Stimmen. Aus dieser Generation kommen jedes Jahr bis 2020 4,5 Millionen Neuwähler hinzu. Während für Obama nur 43 % der weißen Wähler stimmten, war es eine Mehrheit der jungen Weißen.

- Auch die Anfang der 50er Jahre noch ausschließlich republikanisch orientierten *Professionals* (heute etwa 17-20% der Erwerbstätigen, die sozial liberal, ökonomisch technokratisch und politisch eher antimilitaristisch ausgerichtet sind) begannen seit 1988 zunehmend die Demokraten zu wählen – ein Trend, der sich in der Obama-Wahl mit 58 % fortsetzte.

- Dasselbe gilt für *Frauen*, die 1970 noch weit überdurchschnittlich Nixon wählten und zwei Jahrzehnte später begannen, Demokraten zu wählen; hier waren es vor allem alleinlebende Frauen (die fast die Hälfte der erwachsenen Frauen ausmachen und zu 70 % Obama wählten – das entspricht etwa der größten Unterstützergruppe der Rechten, den weißen evangelikalen Protestanten) und die Frauen aus der Arbeiterklasse (die zu 60 % Obama wählten) die als kontinuierlich wachsende Gruppen mehrheitlich die Demokraten wählten.

- Endlich werden die USA 2016 kein Land mehr sein, das überwiegend aus weißen Christen besteht. Seit 1990 hat sich der Anteil von Amerikanern und Amerikanerinnen, die sich als *Nicht-Christen* bezeichnen, auf rund 22 % verdoppelt. Auch diese Entwicklung wird häufig als ungünstig für die politische Rechte angesehen. Obama bekam die Stimmen von Juden, von an nicht-christliche Religionen gebundenen Wählern und von nicht-religiösen Wählern mit fast astronomischen Abständen von 78-21 %, 73-22% and 75-23 %.

Weiter sind *geografische Verteilungen* bemerkenswert: Obama gewann neun der elf bevölkerungsreichsten Bundesstaaten – er verlor nur Texas und Georgia. In schnell wachsenden, dynamischen *Metropolenregionen*, in denen gut 70 % der US-Bevölkerung lebt, wachsen kontinuierlich die Stimmenanteile der Demokraten. Das sind z.B. Regionen um Salt Lake City, Denver, Albuquerque-Santa Fe, Phoenix-Tucson, Las Vegas. Dort leben heute 100 Millionen Menschen, in drei Jahrzehnten werden es 200 Millionen sein. Die *suburbs* waren noch 2004 Bastionen der Republikaner wie seit Nixons Zeiten, *anti-urban*, obwohl sie schon längst urbanisiert waren. Das hat sich nun geändert. Die Republikaner hatten 1984 noch 61 % der Stimmen in den Vorstädten gewonnen, 2008 waren es nur noch 48 %. Die Demokraten siegten dort – oftmals freilich rechte Demokraten. Und: es sind die Opfer des *house bubble* und des *subprime* Massakers, die plötzlich dort wohnten und Demokraten wählten. Im Sunbelt gewann Obama die *tech-corridors*: das *research triangle* in North Carolina,

die *space coast* in Florida, das *silicon valley*. Die Demokraten kontrollieren den Nordosten der USA, den mittleren Westen (mit Ausnahme von Missouri), den Südwesten (mit Ausnahme von Arizona) und den Westen. Im Süden verloren die Republikaner ihr Monopol. 1992 bis 2008 sank der Anteil der Republikaner in New York von 62 % auf 48 %, in Florida von 65 % auf 40 %, in Kalifornien von 68 % auf 51 %. Im Nordosten der USA wurde die republikanische Partei als parlamentarische Kraft faktisch ausgerottet: in den sechs Neu-England-Staaten halten die Demokraten alle 22 Sitze des Repräsentantenhauses und im Bundesstaat New York sind es 28 von 31. In den elf Staaten des Nordostens von Maine bis Maryland kontrolliert die Republikanische Partei nur eine einzige Kammer, den Senat von Pennsylvania. Es gibt keine einzige Region in den USA, in denen die Republikaner eine ähnlich frappierende regionale Machtposition hätten. Ob die beträchtlichen parlamentarischen Zugewinne der Demokraten in republikanischen Distrikten bei den nächsten Zwischenwahlen 2010 gehalten werden können, ist allerdings durchaus fraglich (Jacobsen, 2009). Im Ergebnis gewann Obama gegenüber dem Kandidaten Kerry der Demokraten von 2004 zehn Millionen Stimmen hinzu, wogegen McCain 2,3 Millionen weniger Stimmen als Bush erhielt.

Die hier skizzierten „realignments“ hat der Politikwissenschaftler Walter Dean Burnham „*Amerikas Revolutionersatz*“ genannt. Der theoretische Hintergrund der hier skizzierten Prognose einer anhaltenden Bevorzugung der Demokraten ist eine simpel gestrickte Modernisierungstheorie: „*Im Fall des New Deal war es der Aufstieg einer städtischen industriellen Ordnung im Norden; im Fall des Reagan'schen Konservatismus war es die Verlagerung der Industrie und der Bevölkerung vom Norden in den unorganisierten Niedriglohn-Sonnengürtel der von Virginia bis nach Florida, Texas und Südkalifornien reichte. Das neue Realignment der Demokraten spiegelt die Verschiebung in eine postindustrielle Ökonomie wieder, die schon vor Jahrzehnten begann und sich in den großen metropoliten Regionen konzentriert, die sich primär der Produktion von Ideen und Diensten statt von materiellen Gütern widmet.*“ (Judis 2008; Starr 2009) Selbstverständlich determinieren Umfang, Zusammensetzung und geografische Verteilung wesentlicher sozialer Gruppen nicht einfach das Wahlverhalten und politische Orientierungen, doch sie stehen für Grundlegungen politischer Möglichkeiten, deren Realisierung von anderen Faktoren abhängt.

4 Yes We can?

Die gekappte Wahlbewegung

Will man die Frage nach der Nachhaltigkeit politischer Veränderungen beantworten, geht es letztlich um die

Reichweite, Stärke und den Charakter politischer Macht. Kaum bestreitbar ist, dass der Wahlsieg Obamas auch einer *Wahlbewegung* zu danken war – nicht zu verwechseln mit einer sozialen Bewegung, auch wenn der Slogan „Yes we can“ aus dem Kampf der kalifornischen Landarbeiter („¡Sí se puede!“) stammt. Die Infrastruktur dieser Wahlbewegung wurde auch über eine Mailingliste mit 11 Millionen Adressen organisiert. Darunter waren ca. 15 000 Freiwillige, die Schule und Jobs verlassen hatten, um die Kampagne zu machen. Sie bildete das mobile Zentrum einer aufsteigenden, expandierenden Bewegung, die begann mit jungen, akademisch qualifizierten Liberalen, dann Afroamerikaner einbezog, dann ländliche Wähler, dann die weiße Arbeiterklasse und Frauen, endlich Hispanos, Unabhängige und schließlich Konservative wie Colin Powell und einige Rechte wie Christopher Buckley. Die Dynamik dieser Mobilisierung war außerordentlich und ließ jene der Republikaner weit hinter sich. Sie zehrte von mobilisierungsfähigen und -bereiten Gruppen, die dazu beitrugen, dass zentrale Wahlkampfveranstaltungen schließlich über 100 000 Teilnehmer zählten. Die innere Dialektik der Wahlbewegung und damit auch ihr progressiver Impuls sind nach der Wahl jedoch weitgehend erloschen – offenbar auch ein Reflex des Niedergangs der US-Friedensbewegung. Versuche, die Wahlbewegung „von oben“ für parlamentarisch gesetzte Ziele zu mobilisieren sind ebenso gescheitert wie Bemühungen, die Netzwerke für eine radikalere Antikrisenpolitik zu nutzen. Die Kraft zur Selbstmobilisierung und -organisation ist einmal mehr durch den Glauben an einen Hoffnungsträger abgelöst worden. Dennoch bleibt die Erfahrung des politischen Erfolgs dieser Bewegung. Sie kann ein unvermuteter Resonanzboden dafür sein, sich erneut gemeinsam zu engagieren und zu involvieren.

Personnaltabelleau

Hier reflektiert sich auch, dass die progressiven Unterstützerguppen der Demokraten außerstande waren, nach der Wahl bei der Besetzung der politischen Positionen im zentralen Staatsapparat ihr immenses finanzielles, politisches und personelles Engagement gegen Personalmacht einzutauschen. Für 450 Mio \$ Spenden von Labor und 250 000 Freiwillige erhielten die Gewerkschaften keinen einzigen erstrangigen Kabinettsposten – immerhin konnten sie Positionen im parlamentarischen Bereich gutmachen und die Fraktionen der Demokratischen Partei sind liberaler als zuvor. Auch die wesentlichen Positionen der Secretary of Labor (Hilda Solis) und der Vorsitzenden des National Labor Relations Board (Wilma Liebman) begünstigen eine moderate politische Richtungsänderung in der Arbeitspolitik, die sich in einer Reihe von Aktivitäten auf dem Feld des Arbeits- und Gesundheitsschutzes

andeuten (Levine, 2009; Drew 2009), wogegen das noch nicht abschließend profilierte Regierungsprojekt einer Gesundheitsreform offenbar die Kapitalanlagemöglichkeiten substantiell erweitern soll. Auch die radikale Linke, die im Vorfeld über ihre Haltung zu Obama tief zerstritten war, eher John Edwards und Hillary Clinton unterstützte und trotz vieler Bemühungen weit davon entfernt blieb, eine eigene politische Formation jenseits der Demokraten aufbauen zu können, hat nun mehr Spielraum und Resonanz. Die Liberalen dominieren die Regierung wie nicht mehr seit 1964. Betrachtet man freilich die Personalstruktur der neuen Administration, dann fällt bekanntlich vor allem eines auf: Der *chief of staff*, der Wirtschaftsberater, der Klima"zar", der Finanzminister, die zentralen Berater im Weißen Haus, die Botschafterposition bei der UNO, der Chef des Heimatschutzministeriums, die Außenministerin und andere – sie alle gehörten der Clinton-Macht des vergangenen Jahrzehnts an. Im April 2009 teilten sich 42 % aller Ernennungen, die bis dahin vom Senat bestätigt werden mussten, diese Eigenschaft. Die hohe wahlpolitische Mobilisierung veränderungswilliger großer Gruppen findet sich nur in Ansätzen in der Verteilung der politischen Machtpositionen wieder. Eine ausgeprägte Mitte-Links-Orientierung der Obama-Administration ist daher absehbar nicht zu erwarten – es sei denn, die noch unabsehbare Entwicklung der ökonomischen Krise der USA führt zu einer *sozialen* Bewegung und es kommt zu Veränderungen im Gewicht und in der Funktion einzelner Staatsapparate. Der Jubel prominenter amerikanischer Linker wie Francis Fox Piven etwa war, leider, verfrüht („Was auch immer die Zukunft bereit hält, die unangefochtene Beherrschung der Regierung der USA durch das Big Business und die amerikanische Rechte wurde gebrochen. Und noch aufregender ist, dass die Amerikaner einen Afroamerikaner als Präsident gewählt haben. Allein diese Tatsachen sind zu Recht Grund genug zum Feiern“) (Piven 2008).

Außenpolitik

Die Veränderungen und Auseinandersetzungen innerhalb der Obama-Administration spielen daher noch weitgehend im politischen Raum des traditionellen Liberalismus ab. In der *Außenpolitik* geht es zunächst, um mit Fareed Zakaria im Newsweek vom 17.11.2008 zu sprechen, um eine Offensive in „soft power“: „Obama kann eine neue herrschende Ideologie des Westens schaffen.“ Zugleich lebt die späte Militärpolitik von Bush in den Doktrinen und Personaltableaus der Gates, Petraeus, Jones und McChrystal weiter, wurde die Kriegführung in Afghanistan intensiviert (Ausweitung der Truppen um 17000 Soldaten und 4000 Berater und Trainer; Ausweitung des Drohnenkrieges der CIA; Ausweitung der politischen Intervention in die schütterre lokale Machtstruktur; Ausdehnung des Krieges in

Pakistan) und die Abzugspläne im Irak wurden mit Bleibevereinbarungen eines Stützpunktsystems mit evidentem Okkupationscharakter verbunden (Engelhardt, 2009). Eine Reduzierung der seit über einem Jahrzehnt rapide wachsenden Rüstungsausgaben der USA wurde nicht eingeleitet – im Gegenteil. Auch ist ein Rückbau des globalen „Empire der Stützpunkte“ nicht zu erkennen. Allerdings gibt es auch zugleich deutliche und wesentliche Öffnungen für eine andere Politik des *bipartisan realism* mit multilateralen Akzenten in der Israelpolitik, der Nuklearpolitik und in dem offenbaren Bestreben, die unter Bush und Rumsfeld weitgehend zerstörte Rüstungskontrollpolitik wieder aufzubauen. Das Außenministerium spielt eine gewichtigere Rolle, die Position des Heimatschutzministeriums wurde abgewertet. Die traditionell zentralen liberalen Thinktanks wie *Brookings* aber auch neue Thinktanks wie das *Center for American Progress* oder das *Center for a New American Security* spielen eine Rolle. Ob sich daraus substantielle Revisionen der rechtsimperialen Politik unter Bush ergeben ist offen, aber angesichts der aktuellen Schwächung der ökonomischen Situation der USA nicht unwahrscheinlich. Die zentrale strategische Zielsetzung dieses Wandels hat der den Demokraten nahestehende John Ikenberry bereits Anfang 2008 so formuliert: „Der „unipolare Moment“ der Vereinigten Staaten wird unvermeidlich zu Ende gehen. Wenn der das 21. Jahrhundert prägende Kampf jener zwischen China und den USA ist, dann wird China im Vorteil sein. Wenn der prägende Kampf zwischen China und einem neu belebten Westen stattfinden wird, dann wird der Westen triumphieren...Der zentrale Punkt an den die Führer der USA denken müssen ist, dass China es womöglich vermag, die USA alleine hinter sich zu lassen – aber es ist weit weniger wahrscheinlich, dass China jemals die westliche Ordnung übernehmen kann. In Begriffen der ökonomischen Stärke wird China irgendwann um 2020 herum die USA als größter Staat auf der Welt überholen. (Aufgrund seiner Bevölkerungsgröße braucht China nur ein Fünftel der Produktivität der USA um der Welt größte Ökonomie zu werden). Aber wenn man die ökonomische Kraft des gesamten westlichen Systems in Rechnung stellt, dann sehen die ökonomischen Fortschritte Chinas weitaus weniger bedeutsam aus; die chinesische Ökonomie wird noch lange Zeit viel kleiner sein als die kombinierten Wirtschaften der OECD. Auf die militärische Macht trifft das noch weit mehr zu: China kann nicht hoffen, in absehbarer Zeit auch nur annähernd auf das Niveau der militärischen Gesamtausgaben der OECD zu kommen. Die Welt der kapitalistischen Demokratie ist eine machtvolle Grundlage für die Bewahrung – und, tatsächlich, auch Ausdehnung – der bestehenden internationalen Ordnung. Wenn China beabsichtigt aufzustehen und die existierende Ordnung herauszufordern, geht es nicht nur einfach darum, die

Vereinigten Staaten zu konfrontieren... die globale Position der USA mag sich abschwächen, aber das internationale System, das die Vereinigten Staaten anführen, kann die dominante Ordnung des 21. Jahrhunderts bleiben." (Ikenberry, 2008) Derlei Kalküle sind nicht zu unterscheiden von den Konzeptionen des "internationalistischen" (ein in den liberalen Think Tanks und Medien verwandtes Codewort für „imperial“) Liberalismus.

Wirtschaftspolitik

Das Krisenmanagement der *Ökonomie* ist fest in den Händen der *Alumni* von Citigroup und Goldman Sachs. Labour und Umwelt aber sitzen nicht mehr nur am Katzentisch, sondern – seit langer Zeit wieder – wenigstens auch in der zweiten Reihe. Die ursprüngliche Anlage der Wirtschaftspolitik war ein kompensatorischer, sanfter Neoliberalismus, eine so verstandene moralische Ökonomie, welche die starken Ungleichheiten der Clinton- und Bush-Zeit reduzieren sollte. Im Juni 2008 ernannte Obama Jason Furman, den Direktor des mit dem Think-Trank Brookings verbundenen *Hamilton-Projekts* zum Leiter seiner ökonomischen Beratergruppe. Dieses von Robert Rubin gegründete Netzwerk arbeitete in der Tradition der zentristischen Politik der Clinton-Administration, das Fiskalkonservatismus und Deregulierung mit smarten öffentlichen Investitionen zu verbinden suchte. Ihm folgte Lawrence Summers nach, der Nachfolger Rubins als Clinton-Finanzminister, der ein Anhänger von Milton Friedman war („jeder ehrliche Demokrat wird zugeben, dass wir nun alle Friedmanites sind“) und unter Obama schließlich dann Direktor des National Economic Council wurde. Im Zeichen der scharfen Krise wurde die Politik des Fiskalkonservatismus und der Deregulierung verlassen bzw. modifiziert, die Politik der öffentlichen Investitionen dagegen verstärkt. Aber keine der prominenten Keynesianer oder Postkeynesianer wie Paul Krugman, Joseph Stiglitz, Fred Bergsten oder James Galbraith bekamen Entscheidungsposten in der neuen Administration. Anders formuliert: Obama restaurierte die Macht der Autoren der Katastrophe, die aber getrieben werden, ihre Positionen leicht zu modifizieren. Deren Politik der Bankenrettung („*bailout*“) und der Unterstützung der Automobilindustrie findet durchgängig nur bei einem knappen Viertel der amerikanischen Bevölkerung Unterstützung. (Davis, 2009). Obamas Initiativen zur öffentlichen Beschäftigung dagegen sind ein tragender Bestandteil des staatlichen Stimulierungsprogramms, doch sie bleiben hinter den Erfordernissen einer operativen Bekämpfung des raschen Anstiegs der Arbeitslosigkeit weit zurück. Die Arbeitslosigkeit junger Afroamerikaner und Latinos, die Obama zu Hunderttausenden wählten, lag im April 2009 bei 35 % bzw. 26,5 %. Allein in New York waren etwa 50 % der schwarzen Männer arbeitslos. (Bloice, 2009) Umso problemati-

schers ist es, dass es die Administration an einer klaren Unterstützung des zentralen politischen Organisationsprojekts der Gewerkschaften fehlen lässt („Employee Fee Choice Act“), bei dem es um die deutlichere Erleichterung der Möglichkeit geht, sich in den Betrieben gewerkschaftlich zu organisieren.

5 Umgruppierung in den Eliten

Spricht man von einem *realignment*, dann geht es schließlich auch und vor allem um das *realignment* der *Eliten* innerhalb des globalen Gefüges der herrschenden Klassen (Rothkopf, 2008; Krysmanski 2009). Obama hat sich mit der Einbindung des zentristischen Clintonflügels personal- und kräftepolitisch Ruhe an der Ökonomiefront geschaffen und zugleich jene Fraktionen in der *ruling class* weiter gebunden, die ihn ohnehin schon stark unterstützte (Domhoff, 2009): Clinton hatte der einst 38 % der Stimmen jener erhalten, die mehr als \$ 100 000 verdienten. Obama gewann 2008 49 % dieser Stimmen. In der Gruppe mit mehr als \$ 200 000 Jahresverdienst (6 %) waren es 52 %. Nach einer Vorwahl-Umfrage von *Prince & Associates* bei 493 Familien galt dieser Unterschied auch für Vermögende: in der großen Gruppe mit \$ 1-10 Mio. wollten eine Mehrheit (fast 3/4) für McCain und nur 15 % für Obama wählen, in der Vermögensgruppe von \$ 30 Mio. und mehr dominierte Obama: 2/3 der Reichen in dieser Gruppe wollten Obama wählen (Rilling, 2008a). Die bereits 2006 erkennbare Wendung der Reichen und eines Teils der *super rich* zu den Demokraten setzte sich bei der Wahl Obamas fort. Diese Wendung zahlte sich für Obama buchstäblich aus: „Im Rückblick“, schreibt Lizza, „war die wichtigste Entscheidung die Obama während des Wahlkampfes traf, dass er sich den Restriktionen der öffentlichen Wahlkampffinanzierung entzog.“ (Lizza 2008) Diese äußerst folgenschwere Entscheidung für eine Privatisierung der Wahlkampffinanzierung führte dazu, dass Obama am Ende weitaus mehr Mittel zur Verfügung hatte wie McCain. Die Spenden kamen von über 3 Millionen Kleinspendern und einer Reihe relevanter Großspender, deren Namen nur zum Teil bekannt gegeben wurden. Obama vermied durchgängig, seine enge Verbindung zur großen Industrie und Wallstreet (Taibbi, 2008) sichtbar werden zu lassen, obwohl seine Finanzierung durch die Wallstreet (in Sonderheit die Investmentbanken und darunter Goldman Sachs) exorbitant war. Auch die Wahlkampagne selbst hielt so weit wie möglich die Hollywood-Berühmtheiten außen vor, die im Massenbewusstsein mit den „Reichen“ gleichgesetzt werden. Obama wurde konsequent als Stimme der armen oder von Verarmung bedrohten arbeitenden Mittelklasse inszeniert (den Begriff *working class* nahm er nicht in den Mund),

wogegen McCain vor allem gegen Ende des Wahlkampfes von den Demokraten als Oberklassenrepräsentant charakterisiert wurde.

Wenig bekannt ist die starke Unterstützung, die Obama von Firmen wie Google, Cisco, Apple, Oracle, Hewlett-Packard, Yahoo oder Ebay. Das sind die grünen Keynesianer und die Silikonbarone der Computer-, Unterhaltungs- und Kommunikationsindustrie, welche in der Machtelite Washingtons die *old economy* der General Motors und Exxon langsam, aber definitiv ablösen. Ihr größter Coup war die Verstaatlichung des Automobilkonzerns, der wie kein anderer für das Jahrhundert dieser Ökonomie steht. Die Ölindustrie und ihr Flaggschiff – besser: ihr tyrannus rex – die Firma Exxon ist geschwächt und weitgehend außerstande, sich umzustrukturieren, neu zu positionieren und eine energiepolitische Transformation zu begleiten, wie dies eine Reihe anderer Öl- und Energiekonzerne in Europa vor-machten. Exxon gab 2008 für Forschungen an erneuerbaren Energien 4 Millionen Dollar aus, aber 26 Milliarden für Öl und Gas-Entwicklung (Waldmann, 2009). Die Ölindustrie finanzierte übrigens weit überdurchschnittlich McCain (Open Secrets.org). Was freilich hat die *new economy*, die nach dem Platzen ihrer Blase bekanntlich nicht verschwunden ist, so buchstäblich veranlasst, in Obama zu investieren? Das fängt simpel mit Kultur und Karriere an: Obama ist für das Siliconkapital kein Revolutionär, sondern ein von unten kommender Outsider, ein politischer Unternehmer, der sich gleichsam in der Garage aufgemacht hat, den strategischen Ansatz der amerikanischen Politik neu zu erfinden – mit Hilfe einiger *venture capitalists* und Sponsoren – eine verwandte Seele also, allerdings kein Klassenfreund. Die Silikonmacht verdient nicht an dem unappetitlichen Irakkrieg und hat dort keine strategisch-territorialen sondern nur global-abstrakte Interessen. Die Politik der Rechten gegen die Immigranten und auch gegen die Wissenschaft hat sie satt. Und vor allem: die Wirtschaftskrise seit 2008 traf sie weit weniger als die Industrien der *old economy*.

Ein Indiz für diese Umorientierung ist, dass der Anteil der Republikaner an den Spenden von Silicon Valley für den Präsidentschaftswahlkampf zwischen 2000 und 2006 von 43 % auf 4 % gefallen ist. Die Silikons zogen es vor, die Partei der Demokraten zu hacken. Bei den Präsidentschaftswahlen übertraf ihre Obamainvestition die Alimentierung McCains um das Siebenfache und alle republikanischen Kandidaten zusammen erhielten nur ein Viertel der Mittel der Computer- und Kommunikationsindustrie (Open Secrets.org). In Abwandlung einer Formulierung von Mike Davis (Davis 2009, 37) könnte daher deren Konzept eines neuen, attraktiven Liberalismus als progressiver, imperialer Silikonliberalismus bezeichnet werden, der das Modell eines neoliberal arrangierten, hochtechnologischen grünen Kapita-

lismus vorantreibt und libertäre Kultur mit einer Politik der strategischen Steuerung verbindet. Ob er die Dynamik entwickeln kann, aus der Dreifachkrise des geschwächten Unilateralismus, der tiefen Legitimations- und aktuellen Profitkrise des Neoliberalismus und der unter Bush so rapide vorangetriebenen Entdemokratisierung der US-amerikanischen politischen Ordnung herauszukommen, ist fraglich. Würde es gelingen, bliebe die Obama-Präsidentschaft als historisches Beispiel einer progressiven kapitalistischen Transformation in Erinnerung.

Literatur

- Stephen Ansolabehere and Charles Stewart III: How post-racial was Obama's victory? In: Boston Review 1/2009
- Carl Bloice: Putting a Smiley Face on the Job's Picture Can't Evade the Growing Tragedy, in: BlackCommentator.com v. 14.5.2009
- Bill Domhoff: Kann die amerikanische Machtstruktur herausgefordert werden? In: Luxemburg 1/2009
- Mike Davis: Obama at Manassas in: New Left Review 56 (2009) S.5-40
- Elizabeth Drew: The Thirty Days of Barack Obama, in: NRB 5 v. 26.3.2009
- Tom Engelhardt: The Pressure of an Expanding War, Mother Jones 21.5.2009
- G. John Ikenberry: The Rise of China and the Future of the West. Can the Liberal System Survive? In: Foreign Affairs 1/ 2008
- Gary C. Jacobsen: The 2008 Presidential and Congressional Elections: Anti-Bush Referendum and Prospects for the Democratic Majority in: Political Science Quarterly Volume 124 1/2009
- John B. Judis, America the Liberal The Democratic majority: It emerged! In: The New Republic v. 5.11.2008
- Hans-Jürgen Krysmanski: Eliten und der Geldmachtkomplex, in: Luxemburg 1/2009
- Art Levine: What's Obama Done for the Workers in His First 100 Days? Plenty. In: Huffington Post v. 29.4.2009
- Ryan Lizza: Battle Plans. How Obama won, in: The New Yorker v. 17. 11. 2008;
- George Packer: The New Liberalism, in: New Yorker v. 17.11.2008
- Rainer Rilling: Risse im Empire. Berlin 2008
- Rainer Rilling: Obama & Reiche, www.rainer-rilling.de/blog v.15.11.2008
- David Rothkopf: Die Super-Klasse: Die Welt der internationalen Machtelite, München 2008
- Mark Schmitt: The Audacity of Patience, in: The American Prospect v.17.11.2008
- Paul Starr: The Realignment Opportunity, in: The American Prospect 12/ 2008 S.3
- Matt Taibbi: Candidates for Sale: What do Obama and McCain have in common? The same big donors, who will expect to have their way no matter who wins, in: Rollingstone.com v.21.8.2008
- Ruy Teixeira: New Progressive America. Twenty Years of Demographic, Geographic, and Attitudinal Changes Across the Country Herald a New Progressive Majority, Washington 2009
- Peter Waldman: Exxon vs. Obama, Portfolio.com (April 2009)

In der Reihe »Standpunkte« erschienen:

Standpunkte 11/2009

Judith Dellheim, Frieder Otto Wolf: **Die Green New Deals – Positionen von links**

Standpunkte 10/2009

Wasilis von Rauch: **Kampf ums »blaue Gold« in der Türkei: Wasserpolitik zwischen neoliberaler Ökonomie und staatlichen Machtinteressen**

Standpunkte 9/2009

Karl Vosskuhler: **Bedarfsorientierung oder bedingungsloses Grundeinkommen?**

Standpunkte 8/2009

Michael Brie: **Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr statt »Abwrackprämie«!**

Standpunkte 7/2009

Jürgen Klute: **Die Evangelische Kirche und die Debatte um den Mindestlohn**

Standpunkte 6/2009

Horst Dietzel, Jochen Weichold: **Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich**

Standpunkte 5/2009

Wolfgang Nesković: **Der Idiotie des realen Monopoly die soziale Utopie entgegensetzen!**

Standpunkte 4/2009

Walden Bello: **Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus**

Standpunkte 3/2009

Bernard Schmid: **Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins Europäische Parlament – mit veränderter Taktik**

Standpunkte 2/2009

Elke Breitenbach, Katina Schubert: **Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor – zwischen Markt und Staat**

Standpunkte 1/2009

Thomas Lohmeier: **Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenführung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung**

In der Reihe »Standpunkte International«:

Standpunkte International 12/2009

Gerd-Rüdiger Stephan: **Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen in Südafrika**

Standpunkte International 12/2009

Nils Brock: **Mexiko: No Man's Land für Menschenrechte**

Standpunkte International 11/2009

Karin Gabbert: **Im Schatten des Präsidenten: Ecuador vor den Wahlen**

Standpunkte International 10/2009

Angelika Timm: **Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus zweites »Kabinett der Falken«**

Standpunkte International 9/2009

Torge Löding: **Guten Morgen, Zentralamerika! Der historische Wahlsieg der FMLN in El Salvador wird in der Region gefeiert**

Standpunkte International 8/2009

Angela Ispording: **Wende in El Salvador?**

Standpunkte International 7/2009

Gerd-Rüdiger Stephan: **Südafrika 2009 – zwei Monate vor den Wahlen**

Standpunkte International 6/2009

Angelika Timm: **Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven**

Standpunkte International 5/2009

Kathrin Buhl: **Gemischte Bilanz des Weltsozialforums**

Standpunkte International 4/2009

Gerold Schmidt: **El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich an die Macht?**

Standpunkte International 3/2009

Angelika Timm: **Wo ist die israelische Linke? Eine inner-israelische Momentaufnahme**

Alle Beiträge sind zu finden unter: <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen>